

JOACHIM KÖHLER

Eugen Bolz (1881–1945). Politiker aus Leidenschaft. Zum 100. Geburtstag des württembergischen Ministers und Staatspräsidenten*

Eugen Bolz, der Politiker und Staatsmann, gehört zu den Großen unseres Landes und unseres Volkes. Trotzdem ist die Erinnerung an ihn in unserem Lande fast verblaßt. Man weiß, daß er als Opfer des Widerstandes gegen das Dritte Reich in den letzten Tagen der Gewaltherrschaft hingerichtet wurde. Man weiß, daß er als Staatspräsident das Land Württemberg in den letzten Jahren der Weimarer Republik regiert hat.

Was er als Politiker geleistet hat, warum man ihn als Staatsmann zu den Großen unseres Landes zählen muß, ist weithin in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung an Eugen Bolz ist wie die Erinnerung an die gesamte Epoche der Weimarer Republik in den Schatten geschichtlicher Erkenntnis gerückt. Die Gründe dafür sind nicht ganz einsichtig. Hat man die Erinnerung an diese Epoche und an die sie prägenden Gestalten verdrängt, weil man nicht zu fragen den Mut hatte, wie es zu der unheilvollen Geschichte des Dritten Reiches kommen konnte?

Dabei gehört Eugen Bolz zu jenen Politikern, die bereits während der 20er Jahre klar erkannten, wohin Deutschland treibe, wenn es sich extremen Kräften anvertraue. Nein! Eugen Bolz braucht man nicht zu verdrängen oder gar zu verstecken, es sei denn, man wollte auf jene Rücksicht nehmen, die damals solche klare Sicht nicht hatten.

Es ist verständlich, daß Eugen Bolz sich wegen seines erlittenen Schicksals in das Bewußtsein der Nachwelt eingepreßt hat. Das Martyrium und die Ergebenheit, mit der er es getragen hat, zwingen uns zum Schweigen. Die Größe seines Sterbens und die Aufrichtigkeit, mit der er das Martyrium auf sich genommen hat, rücken sein Lebenswerk ins rechte Licht, geben seiner politischen Tätigkeit, seinem leidenschaftlichen Einsatz für Volk und Staat, den letzten Sinn.

Vom dem Politiker und Staatsmann Eugen Bolz möchte ich reden auch dann, wenn Fragen gestellt werden, ernste Fragen, z. B. von unserer Jugend. Fragen, die etwa so lauten mögen: Kann ein politischer Mensch, ein Mensch, der es mit Macht zu tun hat, ein großer Mensch sein? Können politische Menschen als Vorbilder dienen, da das Verhältnis zur Macht so oft pervertiert wurde? – Nicht nur in jenen zwölf unheilvollen Jahren deutscher Geschichte.

* Dieser Beitrag ist eine durch ausführliche Quellenzitate erweiterte Fassung eines Vortrags, der in verschiedener Form und mit verschiedenen Akzenten mehrmals gehalten wurde, u. a. in der Mitgliederversammlung des Geschichtsvereins der Diözese Rottenburg-Stuttgart e. V. am 18. November 1981 im Haus der Diözesan-Akademie in Stuttgart-Hohenheim, in der Feierstunde der Landesregierung Baden-Württemberg und der Stadt Rottenburg am Neckar anlässlich des 100. Geburtstags des früheren Staatspräsidenten von Württemberg, Dr. Eugen Bolz, am 15. Dezember 1981 in der Stadthalle Rottenburg und in einer Feierstunde am 18. Dezember 1981 im Foyer der Stadthalle Ellwangen, zu der der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Ellwangen/Jagst, Karl Wöhr, eingeladen hatte. Eine Fassung des Vortrags, die am 12. Dezember im Süddeutschen Rundfunk Stuttgart gesendet wurde, ist veröffentlicht in: Katholisches Sonntagsblatt 129, 1981, Nr. 50 (13. Dezember), S. 16–18.

Wir dürfen diesen Fragen nicht ausweichen, sonst müssen wir hilflos zusehen, wie junge Menschen aus der Gesellschaft und aus dem politischen Leben aussteigen. Nicht um sie zu kopieren brauchen wir Vorbilder, sondern um zu erfahren, daß es möglich ist, in geschichtlich bedingten Situationen sich selbst zu verwirklichen. Größe, geschichtliche Größe, hat etwas mit Selbstverwirklichung zu tun. Die Zeitgenossen haben die Größe von Eugen Bolz zu würdigen gewußt.

Ein Gespür für die Bedeutung jenes Mannes bewies 1920 der Vorsitzende der Zentrumspar-
 tei Ellwangen, Gymnasialdirektor Steinhauser. Er begrüßte den damaligen Justizminister *in markigen Worten* – wie es in der Ipf- und Jagstzeitung heißt – *als den Mann, der in schwerster Zeit unseres Vaterlandes seine ganze Kraft für das Wohl des Volkes und der Partei einsetzt und berufen erscheine, in den kommenden, nicht minder schweren Tagen, zum Vorkämpfer und Führer unserer Partei zu zählen*¹. Eugen Bolz ist diesen Erwartungen gerecht geworden. Am 15. März 1933, an dem Tag, da der Württembergische Landtag den nationalsozialistischen Gauleiter Wilhelm Murr zum neuen Staatspräsidenten gewählt hatte, würdigte der Fraktionsvorsitzende der Zentrumspar-
 tei, Lorenz Bock, die Leistungen des scheidenden Staatsministers Eugen Bolz und dessen Justizministers Josef Beyerle mit folgenden Worten: *Wenn künftige Geschichtsschreiber die Epoche von 1918 bis 1933 einmal unvoreingenommen schreiben, dann werden sie in diesen Jahren immer wieder auf die Namen Bolz und Beyerle*² *stoßen. Es war keine leichte Zeit, in der die beiden Minister die Last der Verantwortung trugen... Die durch den verlorenen Krieg und die Revolution entstandenen Zustände waren gegeben, sie mußten gemeistert werden. Was die württembergischen Verhältnisse betrifft, so wird der spätere Geschichtsschreiber feststellen müssen, daß bei uns trotz der Ungunst der Zeit Ruhe und Ordnung im öffentlichen Leben herrschten, daß in der Staatsverwaltung Sparsamkeit und finanzielle Ordnung zu finden waren und daß nach der persönlichen Seite sich die beiden Herren durch Lauterkeit des Charakters und Unparteilichkeit der Amtsführung auszeichneten. Die beiden Minister haben stets Verfassung und Recht geachtet, und sie waren auch darauf bedacht, an dem Sitz der Reichsregierung in Berlin die Interessen des württembergischen Landes zu wahren und zu fördern... Wir wissen..., daß die beiden Herren [Bolz und Beyerle] ein so großes Maß von Verantwortung und Bürde nur auf sich nehmen konnten, weil sie fest wurzelten in dem tiefen Grunde unserer katholischen Weltanschauung. Sie sind uns darum in all diesen Jahren Vorbild und Beispiel gewesen, und sie werden es auch künftig sein.*

*Wenn nun auch die Zentrumspar-
 tei keinen Anteil mehr hat an der Staatsführung und an der Staatsverwaltung: sie weiß, daß die Zeiten sich ändern und daß die Entwicklung weiter geht, so wie sie von 1918 bis zum heutigen Tag weitergeschritten ist. Wir wissen, daß die heutigen Zustände nicht dauernd so bleiben, wir wissen, daß die wahrhaft staaterhaltenden Kräfte, welche das Recht, die Freiheit und die Achtung vor der Person als Grundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ansehen, wieder die Möglichkeit der Auswirkung erhalten, und daß wieder der Tag kommt, wo man die wertvollen Kräfte, die in der Zentrumspar-
 tei wirken, wieder bitten wird, am Staate mitzuarbeiten. Wir waren lange da, als die andern noch nicht da waren; wir werden noch da sein, wenn die andern nicht mehr da sind!*

*Wir geloben in dieser Stunde, alles einzusetzen und zu arbeiten zum Wohle unserer geliebten Zentrumspar-
 tei, ihrer großen Grundsätze. Wir werden auch künftig unerschütterlich kämpfen für Wahrheit, Freiheit und Recht*³.

1 Ipf- und Jagstzeitung 102, 1920, Nr. 109 (11. Mai 1920).

2 Josef Beyerle (1881–1963) leitete von 1919 bis 1933 die württembergische Zentrumspar-
 tei. Von 1923 bis 1933 war er Justizminister. Auch nach 1945 übernahm er die Leitung der Rechtspflege, begann noch 1945 mit dem Wiederaufbau der Justizverwaltung, der er bis 1951 als Minister vorstand.

3 DV (= Deutsches Volksblatt, Stuttgart) 85, 1933, Nr. 63 (16. März 1933).

Damals waren die Männer vom Zentrum überzeugt, daß sie nur für kurze Zeit aus der Regierungsverantwortung gedrängt würden. 1945, als sie wieder die Chance hatten, politische Verantwortung zu übernehmen, war Eugen Bolz nicht mehr unter ihnen. Wenn wir Eugen Bolz als Politiker darstellen wollen, wenn wir seine politischen Aktivitäten und Strukturen nachzeichnen, dann müssen wir in die wechselvolle Zeit der Weimarer Republik hineinblicken und einige Daten seines Lebens nachtragen.

Herkunft und politische Laufbahn

Eugen Bolz wurde am 15. Dezember 1881 als 12. Kind des Kaufmanns Joseph Bolz und seiner Ehefrau Maria Theresia, geb. Huber, in Rottenburg am Neckar geboren. Der Vater stammte aus einer alteingesessenen Rottenburger Handwerkerfamilie, hatte aber die Handwerkertradition hinter sich gelassen und nach einer Kaufmannslehre und nach erfolgreicher Tätigkeit bei einer Handelsfirma in Heilbronn einen Kolonialwarengroßhandel in Rottenburg eröffnet. Die Mutter kam aus einer Kornhändlerfamilie in Weingarten. An ihr, an ihrem Wesen, hing Eugen Bolz, zu ihr kehrte er als Student, als Referendar, als Assessor und Abgeordneter immer wieder zurück. Von ihr sagte er, nachdem sie am 25. Oktober 1918 in seinen Armen gestorben war: *Ich hatte eine gute Mutter*⁴. Der nüchterne und großzügige Sinn des Vaters und die Frömmigkeit der Mutter haben den jungen Eugen Bolz geprägt – mehr als das kleinbürgerliche Milieu der Stadt Rottenburg. Der Vater hatte dafür gesorgt, daß der Sohn nicht den Weg mit seinen Altersgenossen vom Martinihaus in das Konvikt und in die weiterführende Schule nach Rottweil nahm. Als der Rektor der Schule und der Präfekt des Martinihauses dem Vater klar machen wollten, daß der Sohn Neigung zum Priesterberuf habe, erklärte dieser: *Wenn Eugen Pfarrer werden will, kann er es auch von Stuttgart aus*⁵. Er schickte ihn auf das Karls-Gymnasium Stuttgart. In dieser Umgebung, als Katholik in einer verschwindenden Minderheit unter protestantischen Schülern und Lehrern, hat Eugen Bolz gelernt, was man heute als ökumenischen Geist oder als Toleranz bezeichnen würde. Diese Gesinnung hat ihm, dem späteren katholischen Minister in einem vorwiegend evangelisch geprägten Staatswesen, Ansehen und Hochachtung eingebracht. Bereits als Gymnasiast besuchte Bolz politische Versammlungen aller Richtungen. Einzelne Persönlichkeiten, vor allem des württembergischen Zentrums, haben sehr früh auf ihn eingewirkt. Die »Schwäbische Tagwacht«, die sozialdemokratische Zeitung, deren Redaktionsräume in der Nähe des Karls-Gymnasiums lagen, hat Bolz bereits in dieser Zeit zur Kenntnis genommen. Priester zu werden, daran hat Bolz in reiferen Jahren kaum mehr gedacht. Als er in Berlin studierte, schrieb er einem Jugendfreund, der inzwischen in Rottenburg im Priesterseminar war: *Ich bewundere Dich, daß Du es wagst, im 20. Jahrhundert Priester zu werden. Hier in Berlin ist die Luft so christenfeindlich, daß Du die beste Aussicht hast, Martyrer zu werden*⁶.

Nach dem Studium in Tübingen, Bonn und Berlin entschied sich Bolz für den Staatsdienst und begann im Februar 1911 seine berufliche Laufbahn bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart. Im Dezember 1911 wurde er als Kandidat des Zentrums für die Reichstagswahl im Wahlkreis Ellwangen – Aalen – Neresheim nominiert. Nach einem glänzenden Wahlsieg über seinen liberalen Konkurrenten – fast doppelt so viele Stimmen als sein Gegner konnte er auf sich vereinen – zog er als jüngster Abgeordneter in den Reichstag, in den letzten des Kaiserreichs,

4 Eine umfassende Biographie schrieb: MAX MILLER, Eugen Bolz. Staatsmann und Bekenner, Stuttgart 1951. Das Zitat bei MILLER 28.

5 MILLER 39.

6 MILLER 32.

ein. Seit Januar 1913 war Bolz gleichzeitig Landtagsabgeordneter im Württembergischen Landtag für den Wahlkreis Rottenburg. Er war 1919 Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar und der Verfassungsgebenden Landesversammlung in Stuttgart.

Nach dem Tod des Justizministers Hans Kiene († 24. September 1919) trat Bolz im selben Jahr als Nachfolger in das Kabinett Wilhelm Blos ein. Von 1923 bis 1933 war Bolz Innenminister. Somit zählte er zu jenen Männern, die während der Weimarer Republik am längsten Regierungsverantwortung getragen haben. Als stabilisierendes Element der verschiedenen Regierungen gelang es ihm, Geist und Richtung der württembergischen Landespolitik zu bestimmen. Konsequenterweise wurde er am 8. Juni 1928 in äußerst kritischer Lage provisorisch in das höchste Staatsamt gewählt. Das Provisorium hielt die ganze Legislaturperiode. Auch 1932 blieb das Kabinett Bolz als geschäftsführende Regierung im Amt, bis, aufgrund der durch die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 veränderten Verhältnisse, die Nationalsozialisten das Amt des Staatspräsidenten übernahmen.

Von den Leistungen des Staatsmanns Eugen Bolz können wir nur die wichtigsten aufzählen: Wesentlich beeinflusst hat Bolz die Diskussion um die Reichsreform, d. h. die Abgrenzung der Interessen des Reiches und der Länder. In diesem Zusammenhang sprach er von einer notwendigen Vereinigung der Länder Württemberg und Baden. In Württemberg wird sein Name immer mit der Gründung der Landeskreditanstalt und der Förderung des Bausparwesens zu nennen sein. Durch seine Initiativen wurde Grundlegendes zur Behebung der Wohnungsnot nach dem Ersten Weltkrieg geleistet. Verkehrs- und Energieversorgungsprobleme wurden unter seiner Regierung zukunftsweisend gelöst. Seine Finanzpolitik – wir dürfen ruhig sagen: seine Sparpolitik – hat Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern vor vielem bewahrt. Die Massenarbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise konnte in Württemberg auf dem niedersten Stand von ganz Deutschland gehalten werden. Und wenn die Umtriebe der Extremisten in Württemberg nicht so maßlos waren wie in anderen Ländern, so ist es berechtigt, dahinter den Innenminister als Träger der Polizeimacht zu sehen.

Wir müssen geradezu nach der politischen und charakterlichen Struktur dieses Mannes fragen, der zur Sammlung und Konzentration der verschiedensten Kräfte in schwierigster Zeit in unserem Lande fähig war.

Der christliche Politiker

Eugen Bolz war Zentrumsrepublikaner. Die Politik, die er betrieben hat, war christliche Politik. Was er darunter verstand, hat er immer und immer wieder in seinen Reden zum Ausdruck gebracht: *Die Zusammenstellung der Lehren der katholischen Kirche über den Staat, über Kultur-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, über das Verhältnis der Völker ergibt ein politisches Programm*⁷.

Geradezu emphatisch konnte Bolz einmal in einer Wahlversammlung 1919 sagen: *Die Enzykliken eines Leo XIII. und die Rundschreiben unseres jetzigen Papstes Benedikt XV. muten wie Evangelien an, wie frohe Botschaften, die der leidenden Menschheit mitgeteilt wurden*⁸. Der Vorzug der Zentrumsrepublikaner sei es, sagte er ein andermal, *daß sie auf dem Boden des christlichen Sittengesetzes den Ausgleich der aus dem Wirtschaftskampf sich ergebenden*

7 Rede auf dem Landesparteitag des württembergischen Zentrums am 12. Dezember 1921. DV 73, 1921, Nr. 286 (13. Dezember 1921).

8 Rede auf einer Zentrumsversammlung in Horb am 20. November 1921. DV 73, 1921, Nr. 267 (21. November 1921).

*Interessengegensätze der einzelnen Berufsgruppen in ihren eigenen Reihen herbeizuführen versucht*⁹. Überzeugt, daß die Kirche nicht nur Seelsorgeaufgaben hatte, rief er einmal aus: *Der Geist der Kirche allein kann die Nation retten*¹⁰. Bolz konnte sogar so weit gehen und sagen: *Politik ist nichts anderes als praktisch angewandte Religion*¹¹. Selbstverständlich bin ich mir der Gefahr des Mißverständnisses bewußt, wenn ich einen solchen Satz völlig ungeschützt zitiere. Aber dieser Satz trifft die Situation, in der sich Bolz sehr oft befunden hat. Auch wenn das C im Firmenzeichen seiner Partei nicht erschien, so mußte er sich gegenüber dem Vorwurf verteidigen, das Zentrum treibe eine klerikale oder ultramontane, d. h. von Rom aus gelenkte Politik. Von derartigen Versuchen oder Versuchungen, Politik zu treiben, hat sich Bolz entschieden distanziert, und zwar dadurch, daß er zwischen Programm und Verwirklichung eines Programmes, zwischen Theorie und Strategie, einen fundamentalen Unterschied sah. Das macht den Realpolitiker aus, daß er nicht nur Theorien, Grundsätze und Lehren wiederholt, sondern diese Grundsätze in die Wirklichkeit übersetzt und überträgt. Ein Realpolitiker muß die Wirklichkeit mitdenken, bevor er eine Lehre auf sie anwendet. Die Wirklichkeit zu Beginn und im Verlauf der 20er Jahre war: ein verlorener Krieg, die Not des Volkes, ein Friedensvertrag, der diese Not nicht beseitigen konnte, die ständige Gefahr der Revolution, die Unmöglichkeit, den Weg zur Staatsform der Monarchie zurückzugehen, aber auch die Interessengegensätze und die Mehrheitsverhältnisse politischer Parteien, mit deren Einsatz man allein aktive Politik machen konnte. Bei der Übersetzung der Lehre oder der Theorie geht manch schöne Formel verloren, treten manchesmal Unschärfen auf. In der Praxis des politischen Lebens bedeutet ein christliches Programm noch lange nicht Einstimmigkeit in Einzelfragen. Die Geschlossenheit eines katholischen Denkens wurde im Denken des Politikers Bolz nie zur Maxime erhoben. Oft mußte er sich deshalb gegen Vorwürfe verteidigen, daß die Zentrumspar- tei sich in Verhandlungen und Abstimmungen ergebe, aber keine letzte, klare Entscheidung treffe, daß das Zentrum zu Kompromissen bereit sei und die ewigen Grundsätze des Christentums verrate. Diesen Kritikern erwiderte der Pragmatiker Bolz: *Nicht das, was sein sollte, sondern das ist die große Frage: was ist politisch möglich und erreichbar, und wie ist dies möglich, auf welchen Wegen ist es zu erreichen?*¹²

Auf dieser Basis wurde Eugen Bolz zu einem Politiker aus Leidenschaft. Für eine so strukturierte Zentrums politik konnte er sich einsetzen. Für eine so strukturierte Zentrums politik mußte er sich total einsetzen, denn so stellte er einmal die Frage: *Ist man nur dazu Christ, daß man in die Kirche läuft und in der Familie sein Christentum pflegt, oder ist es nicht Pflicht, das, was man als Weltanschauung bezeichnet, auf die Lösung der öffentlichen Fragen zu übertragen?*¹³

An einigen Beispielen soll aufgezeigt werden, wie Bolz seine christliche Überzeugung in die Wirklichkeit übersetzt hat.

1. Konsequenter Friedenswille

Wenn ich an erster Stelle den Friedenswillen erwähne, so entspricht das der Hierarchie der Werte im Denken eines christlichen Politikers. Bolz hatte die grausame Wirklichkeit des Krieges erfahren und die Not, die dieser Krieg über das Volk gebracht hatte. Die Revolution

9 Rede auf einer Zentrumsversammlung in Horb im Februar 1921. Rottenburger Zeitung o. D. Zeitungsausschnitt im Nachlaß Bolz.

10 Rede auf dem Landesparteitag des württembergischen Zentrums am 24. Januar 1926 in Ulm. DV 78, 1926, Nr. 19 (25. Januar 1926).

11 Rede am 16. November 1924 in Waldsee. DV 76, 1924, Nr. 270 (18. November 1924).

12 Rede am 27. Mai 1920 in Schwäbisch Hall. Haller Tagblatt vom 31. Mai 1920.

13 Rede am 26. November 1922 in Bad Mergentheim. Tauberzeitung o. D. Zeitungsausschnitt im Nachlaß Bolz.

hatte er in Berlin aus unmittelbarer Nähe erlebt: *Die beiden ersten Tage*, schrieb er am 15. November 1918 aus Berlin, *waren so, wie man sich eine Revolution nach berühmtem Muster vorstellt. Ein Drittel Vernunft und guter Wille, ein Drittel Verbrechen und ein Drittel Fasnacht, gefeiert von halbwüchsigen Burschen und Dirnen. Vom Reichstag über die Linden bis zum Schloß und Marstall wurde wiederholt mit Maschinengewehren, Handgranaten und Kanonen gearbeitet. Sogar Tanks haben vor dem Reichstag nicht gefehlt. Am Sonntagvormittag (10. November) schien es so, als wollten Unabhängige und Spartakusgruppen die Führung an sich reißen. Das hätte die Revolution mit der Waffe auf der Straße bedeutet. Gott sei Dank ist das verhindert worden. Aber die Gefahr ist noch nicht vorüber. Für die großen Städte droht der Hunger. Daher das Streben, bürgerliche Politiker mit in die Regierung zu bekommen. Siegt der Hunger, dann gibt es Raub und Mord*¹⁴.

Aus diesen Erfahrungen warnte Bolz unablässig vor neuer Gewalt: *Mit der Waffe in der Hand können wir unser Schicksal nicht mehr ändern*¹⁵. Gegenüber dem Argument, daß sich das Volk selber aus seiner wirtschaftlichen und nationalen Not befreien müsse, konterte er in einer Wahlversammlung 1924: *Man soll das Volk zur Wehrhaftigkeit erziehen, allein es ist Wahnsinn, in gegenwärtiger Lage das Schicksal mit Waffengewalt korrigieren zu wollen*¹⁶. Konsequenter übertrug er die Haltung der Gewaltlosigkeit auch auf die Außenpolitik: *Unsere deutschen Interessen zwingen uns, mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben*¹⁷. Diese Aussage, die er wenige Jahre nach der russischen Oktoberrevolution gemacht hat, hebt sich ab von der üblichen Panikmache angesichts der drohenden Gefahr des Bolschewismus.

2. Stellung zu Republik und Parlamentarismus

Auch wenn Bolz jede Gewaltanwendung ablehnte, so war er nach geschehener Revolution Realist genug, die so geschaffenen Zustände anzuerkennen. Innenpolitisch war die Revolution von 1918 ein Datum, hinter das man nicht mehr zurückgehen konnte. Eine Neuauflage der Monarchie hat Bolz vollkommen ausgeschlossen, obwohl er sich damit in Gegensatz zu einflußreichen Kreisen der katholischen Kirche brachte. Es ist bekannt, daß in der Beurteilung dieser Frage erhebliche Spannungen im deutschen Katholizismus herrschten, näherhin zwischen den Zentrumsleuten und dem Episkopat.

Auf dem Katholikentag in München 1922 wurde diese Spannung einmal öffentlich ausgetragen: In einer öffentlichen Kundgebung hatte Michael Kardinal Faulhaber zu diesem heiklen Thema Stellung genommen. *Über allen Kompromissen aber stehen wie die ewigen Sterne die Grundsätze, und es kann eine Grenze kommen, wo es heißt: Bis hierher und nicht weiter! Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet. Auch wenn der Umsturz ein paar Erfolge brachte, wenn er den Bekennern des katholischen Glaubens den Weg zu den höheren Ämtern weit mehr als früher erschloß – ein sittlicher Charakter wertet nicht nach den Erfolgen, eine Untat darf der Erfolge wegen nicht heilig gesprochen werden*¹⁸. Konrad Adenauer, der Präsident des Münchener Katholikentages, nahm in seiner Schlußansprache Bezug auf die Äußerungen des Kardinals: *Es sind hie und da Äußerungen gefallen, die man sich aus Verhältnissen örtlicher Natur [d. h. bayerischer Mentalität] erklären kann, hinter denen aber die Gesamtheit der deutschen*

14 Zitiert nach MILLER 97f.

15 Wie Anm. 12.

16 Rede am 10. Februar 1924 in Saulgau. Zeitungsausschnitt ohne nähere Angabe im Nachlaß Bolz.

17 Wie Anm. 13.

18 HUGO STEHKÄMPER, Konrad Adenauer als Katholikentagspräsident 1922. Form und Grenze politischer Entscheidungsfreiheit im katholischen Raum. Adenauer Studien, Bd. 4 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Bd. 21), Mainz 1977, 54.

*Katholiken nicht steht. Unsere Einigkeit in der Einschätzung und Bewertung mancher Dinge leidet unter der Verschiedenheit unserer Beurteilung der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse*¹⁹.

Wir haben hier eine klassische Stelle zur Charakterisierung des Nord-Süd-Gefälles im deutschen Katholizismus. Übrigens: Kardinal Faulhaber wollte demonstrativ die Schlusskundgebung verlassen. Beim Aufstehen fiel Faulhabers Kardinalshut zu Boden. Bis der Sekretär ihn aufgehoben hatte, hat Adenauer die Situation erfaßt. Er bat den Kardinal um den Schlußsegen. Dem konnte sich der Kardinal nicht entziehen. Unter den Klängen des »Großer Gott wir loben Dich« ging der Eklat unter.

Wer die Verschiedenheit in der Beurteilung der Lage der 20er Jahre nicht zur Kenntnis nimmt, die das katholische Lager durchzieht und selbst das Zentrum gelegentlich gespalten hat, wird die Geradlinigkeit und Aufrichtigkeit der Politik von Eugen Bolz nie begreifen.

3. Neues Verhältnis zum Staat

Leidenschaftlich plädierte er für die Weimarer Verfassung, die trotz ihres Kompromißcharakters vom christlichen Standpunkt aus nach Lage der Zeitverhältnisse als eine annehmbare und tragfähige Grundlage des Staatslebens betrachtet und angenommen werden müsse. Bolz gestand zu, daß vieles an dem neuen Staat und an seiner Verfassung zu kritisieren sei, aber man dürfe nicht unter die ewigen Miesmacher gehen. Auf einer Kundgebung in Stuttgart anlässlich des 100. Jahrestags der Gründung der Diözese Rottenburg im Juni 1928 nahm Bolz zu diesem Thema öffentlich Stellung: *Wir müssen diesen Staat hinnehmen und wir wollen ihm dankbar sein dafür, daß er uns die Freiheit läßt, daß er der Entwicklung der Kirche und des religiösen Lebens kein Hindernis in den Weg legt. Diese Vorzüge des neuen Staates wollen wir offen anerkennen. Ob die Kirche mit dieser Freiheit etwas erreicht hat, liegt auch an uns Katholiken selber*²⁰. Tatsächlich hatte die Kirche zuvor nie soviel Freiheit im Staat wie in der Weimarer Republik. Nicht immer hat es die Kirche verstanden, den Freiheitsraum, der ihr gewährt wurde, zu nutzen. Statt dessen hat sie ständig vor den Gefahren der Freiheit gewarnt.

4. Formen der Regierung

Das grundsätzliche Ja zu der Weimarer Verfassung mußte politisch umgemünzt und ausgewertet werden. Auch hierin war der Pragmatiker Bolz konsequent: *Wir können heute keine Politik der kleinen Oberschicht mehr treiben*²¹. Mit diesem Satz signalisierte Bolz den Kernpunkt aller Politik: das Massenproblem. Um die Massen ernst zu nehmen und sie politisch kalkulierbar zu machen, gab es für Bolz nur einen Weg: *Es gibt für uns im deutschen Volk keine andere Regierungspolitik als die einer Koalition mehrerer Parteien*²². Als die bürgerlichen Parteien im Reichstag sich nicht mehr zu einer regierungsfähigen Koalition entschließen konnten, sah Bolz nur noch eine Alternative, die Koalition mit den Sozialdemokraten: *Wer Autorität und Arbeit will, muß auch wollen, daß die Sozialdemokraten mitregieren, daß die Arbeiter in der Regierung vertreten sind*²³. – *Es ist ganz undenkbar, ohne eine starke Vertretung unserer Linken zu regieren – man kann Arbeiter und Angestellte von der Regierung nicht ausschließen*²⁴. Als 1932

19 STEHKÄMPER, 105f.

20 Rede vom 1. Juli 1928 in Stuttgart. DV 80, 1928, Nr. 149 (2. Juli 1928).

21 Rede auf dem Landesparteitag in Stuttgart am 5. Dezember 1919. Zitiert nach MILLER 157.

22 Wie Anm. 12.

23 Wie Anm. 12.

24 Wie Anm. 12.

das Ermächtigungsgesetz modellhaft durchgespielt wurde – als ein möglicher Ausweg aus der äußerst verworrenen Lage –, da warnte Bolz: *Auf längere Zeit ist es ohne innerpolitische Erschütterung nicht möglich, gegen ein Parlament und gegen die Parteien zu regieren*²⁵.

Eugen Bolz war ein Kämpfer für die demokratisch-parlamentarische Republik. Sich für diese Idee eingesetzt zu haben, machte seine Berufung als Politiker aus. Der Verwirklichung dieser Idee galt seine Leidenschaft. Dieser Idee zum Durchbruch zu verhelfen, ging er harten Konfrontationen, die sogar zu schweren seelischen Belastungen führten, nicht aus dem Weg. Und er gab Zeugnisse seines Ringens: *Meine Entscheidung ist unerschütterlich. Das andere ist für mich nicht Stärke und Mut, sondern Schwäche, Gefühlsschwäche, Verzweiflungspolitik... Das Gefühl darf in der Politik nicht herrschen. Gefühl ist in der Politik recht als Stimmungsmittel, als Agitationsmittel, als Beherrschungsmittel für Massen. Politische Entscheidungen, vom Gefühl orientiert, sind falsch. Nackte Wirklichkeit, Grausamkeit gegen sich selbst ist notwendig, wenn man politisch denken und handeln soll* (es ging damals um die Annahme des Versailler Friedensvertrags). *Ich habe diese Woche schon gewünscht, nicht Mitglied der Nationalversammlung zu sein, sondern in einer ruhigen Ecke meiner Arbeit nachgehen zu können. Und doch wieder würde ich es bedauern. Ich bin so überzeugt von meiner Entscheidung, daß ich für sie werben kann. Und das tue ich*²⁶.

5. Politische Fähigkeit des Volkes

Bolz machte keinen Hehl aus den trüben Erfahrungen, die er auf seinen Wahlversammlungen immer und immer wieder machte: *Die trübste Erfahrung ist wohl die, daß große Teile unseres Volkes politisch unreif sind, daß jeder seine Beschwer hat und diese zur Richtschnur seines politischen Denkens macht. Mag das Vaterland zugrundegehen, das Wichtigste ist, ob einer für oder gegen höhere Soldatenlöhnung war. Heu- und Gerstenpreise sind wichtiger als Kirche und Schule, als Frieden und Zukunft. Und wenn man dann Gebildete trifft, ohne jede Ahnung von einer Partei, einem Wahlrecht, einem Parteiprogramm, ohne jedes politische Urteilsvermögen, dann ist man doppelt froh, wenn so ein Kampf zu Ende ist. Man muß sich schämen der politischen Unreife unseres Volkes*²⁷. Wahlkampfserfahrungen (und das waren zumeist Erfahrungen in seinem eigenen Wahlkreis Ellwangen/Aalen) schilderte er einmal folgendermaßen: *Einen Wahlkampf zu führen, ist eine anstrengende, widerliche Arbeit. Ich kann von mir sagen, daß ich mit innerer Überzeugung geredet habe, und ich verspreche mir auch einigen Erfolg von meiner Tätigkeit für die Partei. Aber nie habe ich eine stärkere Sehnsucht nach einem Leben mit Ruhe und geistigem Gehalt empfunden als in diesen Tagen*²⁸.

6. Warnungen vor dem Nationalsozialismus

Es braucht nicht eigens betont zu werden, daß Bolz mit dieser Grundeinstellung die Gefahren des Extremismus von Rechts und Links sehr früh erkannt hat und ihm entschieden und immer den Kampf angesagt hat: *Die Rettung unseres Vaterlandes geht nicht über Hitler und die Kommunisten, sondern sie geht über die Mitte*²⁹. Dem Realitätssinn des Politikers Bolz konnte

25 Rede vor dem Landesparteiausschuß am 9. Oktober 1932 in Stuttgart. DV 84, 1932, N. 233 (10. Oktober 1932).

26 In einem Brief auf Berlin 20./24. Juni 1919. MILLER 122f.

27 Notiz aus dem Jahre 1919. MILLER 104.

28 MILLER 170.

29 Rede in Friedrichshafen am 19. April 1931. Zeitungsausschnitt vom 20. April 1931 ohne nähere Angabe im Nachlaß Bolz.

nicht entgehen, daß zu Beginn der 30er Jahre die Stimmen der Nationalsozialisten zunahmen. Noch war er überzeugt, daß der *Zwang zu positiver Mitarbeit ... das einzige Mittel sei, des Radikalismus Herr zu werden*³⁰ – allerdings nur auf der Basis der Verfassung. Als die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten zu erkennen gaben, daß sie dazu nicht bereit wären, nahmen die Reden von Eugen Bolz prophetische Züge an. Ganz klar erkannte er die Lage im Jahre 1933: Auf dem Zentrumsparteitag am 24. März 1930 deutete er die Gefahr, der man widerstehen müsse, an: *In dem Parlament und seiner Arbeit, in der Stellung der Parteien und ihrem Verantwortungsgefühl drückt sich zugleich die moralische und wirtschaftliche Verfassung des Volkes aus. Die Frage nach der Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Parteien ist eine unmittelbar gegenwärtige und praktische, die jetzt und in den nächsten Jahren zur Entscheidung steht. Sind die Parteien dazu nicht imstande, versagt das Parlament, dann bleibt freilich nur die Möglichkeit, die bei uns immer als letzte an die Wand gemalt wird: Die Diktatur. Diktatur! Bewahre uns das Schicksal davor!*³¹

Als Hitler 1933 zu Wahlkampfreden nach Württemberg kam, nahm Bolz den offenen Kampf mit ihm auf: *Was wir befürchten von der jetzigen Regierung und namentlich auch von Hugenberg [Wirtschafts- und Ernährungsminister], wollen wir offen aussprechen. Wir haben das Gefühl, daß in dieser neuen Regierung der Geist von Potsdam, der preussisch-militärische Geist wieder lebendig geworden ist. Was wir an diesem Geist von Potsdam tadeln, ist das, was Sie im Krieg alle persönlich erfahren haben, das ist die Überspannung der Aufgaben, die Überspannung im Denken, das ist die Uferlosigkeit und Sinnlosigkeit, das ist der Geist, der im Kriege nicht rechtzeitig den Frieden gesucht hat. Das ist der Geist, der den Krieg bis zum Weißbluten geführt hat und der uns in die fürchterliche Niederlage hineingeführt hat. Das ist der Geist, der die ganze Welt erobern wollte, der seine Aufgaben überspannt hat, der zum Zusammenbruch führte, das ist der Geist, der in Wirklichkeit die Ursache unseres heutigen Elends ist. Wir fürchten den Geist von Potsdam, er war im Krieg unser Unglück und scheint auch im Frieden unser Unglück zu werden. Und wir wehren uns gegen einen anderen Geist, den Geist Hugenburgs, der siegesfroh verkündet, daß es gelungen sei, das Zentrum auszuschalten*³².

Bolz selber war während der Regierung Papen (2. Juni 1932 bis 3. Dezember 1932) an verschiedenen Vermittlungsgesprächen beteiligt, die auf eine Initiative Konrad Adenauers zurückgingen. Der Kölner Oberbürgermeister regte eine Regierung aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei unter Hitler als Reichskanzler an. In den Verhandlungen mit Papen verlangten die Zentrumspolitiker von einem neugebildeten Kabinett, daß es verfassungsmäßige Wege und Methoden strikt einhalten und mit der Volksvertretung loyal zusammenarbeiten müsse. Nur dann werde sich das Zentrum einer NSDAP/Deutschnationale Volkspartei-Regierung gegenüber positiv verhalten³³.

Von dieser Linie ging Bolz nicht ab, selbst wenn er auch in Wahlreden eine Bereitschaft für ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten erkennen ließ. Von dieser Linie wich Bolz nicht ab, selbst als Hitler in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 für die katholische Kirche verheißungsvolle Versprechen machte³⁴.

30 Rede am 28. Oktober 1932 in Fulda. Fuldaer Zeitung 1932, Nr. 251 (29. Oktober 1932).

31 Rede auf dem Stuttgarter Zentrumsparteitag 1930. MILLER 369.

32 Rede auf dem Landesparteitag in Ulm am 12. Februar 1933. MILLER 434.

33 RUDOLF MORSEY, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ›Nationaler Erhebung‹ 1932/33, Stuttgart-Zürich 1977, 56–64.

34 Den Wortlaut der Erklärung der Bischöfe vom 28. März 1933 siehe Anm. 37.

7. Das Leiden des Politikers

Wer 1933 diesen prophetischen und klaren Blick hatte, der mußte angesichts der Entwicklung der Ereignisse an der Wirklichkeit zu zweifeln beginnen – oder, wie es Bolz getan hat, an der Wirklichkeit leiden. Und Bolz litt, als er sah, *daß dem Führer einer Partei Millionen nachlaufen, ohne sich Rechenschaft zu geben... ohne irgendwelche positiven Leistungen zu verlangen*³⁵.

Als Bolz – dem Fraktionszwang sich beugend – gegen seine Überzeugung am 23. März 1933 für das Ermächtigungsgesetz stimmen mußte, da teilte er die Leiden und Kämpfe, die er durchstehen mußte, seiner Frau in einem Brief mit: *Betrübend ist das Ermächtigungsgesetz und die kommende Politik. Man kann sich die innere Entwicklung nicht schlimm genug vorstellen. Auch wir werden manches mitmachen müssen. Aber an Gottvertrauen fehlt es uns beiden nicht. Damit ausgerüstet wollen wir die Notlage überstehen. Ich nehme ja alles schwer, und diese Ereignisse nehmen mich innerlich mit. Aber die Gewissensruhe hilft auch darüber hinweg... Nun beginnt der Ernst mit der Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz. Der Inhalt übertrifft alle Erwartungen. Das Zentrum kommt mit seiner Stellungnahme in die schwierigste Situation seit der Annahme des Versailler Vertrags. Ich mag über unsere Lage nicht schreiben. Darüber kann man nur reden. Was wir auch tun, ist verhängnisvoll. In mir schafft es fürchterlich*³⁶.

Wir wissen nicht, wie Bolz die Kanzelerklärung der deutschen Bischöfe aufgenommen hat, mit der sie am 28. März 1933 auf die Regierungserklärung Hitlers reagierten. Die Bischöfe glaubten, *das Vertrauen haben zu können, daß die... allgemeinen Verbote und Warnungen [gegenüber der NSDAP] nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen*³⁷. Im September 1933 konnte Bolz in einer katholischen Jugendzeitschrift lesen, daß Teile der katholischen Jugend den neuen Staat *als die Überwindung des parlamentarischen Staates*

35 Wie Anm. 30.

36 Zitiert nach MILLER 449f.

37 *Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands haben aus triftigen Gründen, die wiederholt dargelegt sind, in ihrer pflichtmäßigen Sorge für Reinerhaltung des katholischen Glaubens und für Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung eingenommen, die solange und insoweit in Geltung bleiben sollten, wie diese Gründe fortbestehen.*

Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderlichen Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.

Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkt keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung allen rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.

In Geltung bleibt die so oft in feierlicher Kundgebung an alle Katholiken ergangene Mahnung, stets wachsam und opferfreudig einzutreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für Schutz der christlichen Religion und Sitte, für Freiheit und Rechte der katholischen Kirche und Schutz der konfessionellen Schule und katholischen Jugendorganisationen.

In Geltung bleibt ferner die Mahnung an die politischen und ähnlichen Vereine und Organisationen, in Gotteshaus und kirchlichen Funktionen aus Ehrfurcht vor der Heiligkeit derselben zu vermeiden, was als politische oder parteimäßige Demonstration erscheinen und daher Anstoß erregen kann.

begrüßten und bejahten, weil es in ihm *nur noch Verhandlung und Abstimmung, nicht aber letzte, klare Entscheidung und allein zu tragende Verantwortung mehr gab*³⁸.

Im März 1933 schrieb der bekannte Jesuitenpater Friedrich Muckermann in der katholischen Korrespondenz: *Die Würfel sind gefallen. Es hat keinen Sinn, angesichts neuer Tatsachen darüber zu brüten, ob sie uns willkommen sind oder nicht. Torheit wäre es, sich in solchen Stunden mit allen möglichen Ressentiments diesen und jenen Persönlichkeiten gegenüber abzugeben. Schon lange war in unserem Volk nur eine Stimmung: Wer immer diese Lage meistert, ob parlamentarisch oder nicht parlamentarisch, ob links, ob rechts, der Meister soll uns willkommen sein*³⁹.

Karl Adam hatte diesen *Meister* in der Theologischen Quartalschrift beschrieben: *Man hatte im Lärm des Parteihaders, im anonymen Getriebe der Parlamentsbeschlüsse, in der kalten Frostigkeit des rein politischen Denkens weithin das feine Organ für das Lebendige und seine zeugenden Kräfte eingebüßt*⁴⁰. Ein Volkskanzler mußte nach Ansicht Karl Adams kommen, *wenn anders das deutsche Volk in seinem Innersten berührt und zu neuem Leben erweckt werden sollte*⁴¹.

Damals mußte Bolz erkennen, daß die wahrhaft staaterhaltenden Kräfte, welche das Recht, die Freiheit und die Achtung vor der Person als Grundlage des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ansehen, und auf die er gesetzt hatte, für die er sich leidenschaftlich eingesetzt hatte, auch im katholischen Lager im Schwinden waren, bzw. man nicht mehr bereit war, sich politisch, öffentlich dafür einzusetzen. Als man die zwingende Notwendigkeit gespürt hat, Widerstand zu leisten, wie ihn eindrucksvoll der Rottenburger Bischof Joannes Baptista Sproll gewagt hat, da konnten die Wirkungen des Widerstandes nur noch moralischer Art sein.

Ich komme zum Schluß und stelle die Frage: können wir das Leben des Staatspräsidenten Bolz als Anstoß in unserer Zeit deuten? 1924, auf dem Zentrumstag in Ellwangen, hatte die

In Geltung bleibt endlich die so oft und eindringlich ergangene Aufforderung, für Ausbreitung und Wirksamkeit der katholischen Vereine, deren Arbeit so überaus segensreich ist für Kirche, Volk und Vaterland, für christliche Kultur und sozialen Frieden, stets mit weitblickender Umsicht und mit treuer opferwilliger Einigkeit einzutreten. Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, hrsg. von BERNHARD STASIEWSKI, Bd. 1 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 5), Mainz 1968, 30–32.

38 Unter dem Titel »Neudeutsche Jugend und neuer Staat« schrieb MAX MÜLLER im »Leuchtturm« (1933, Heft 6) 1933 u. a.: *Wir Neudeutsche Jugend bejahen den neuen Staat:*

a) *als die Überwindung des Parteienstaates, der Deutschland in verschiedene unversöhnliche Lager und Fronten zerriß und so eine Volkswerdung unmöglich machte;*

b) *als die Überwindung des liberalen Staates, der keine feste und allgemein verbindliche Wertordnung mehr kannte, sondern unter Politik nur noch den taktischen Kompromiß der verschiedenen Weltanschauungen verstand;*

c) *als eine Überwindung des parlamentarischen Staates, in dem es nur noch Verhandlung und Abstimmung, nicht aber letzte, klare Entscheidung und allein zu tragende Verantwortung mehr gab;*

d) *als eine Überwindung des Klassenstaates, in dem Interesse nackt auf Interesse stieß und der Wirtschaftskampf alle Formen des öffentlichen Lebens beherrschte.*

... *Wir Neudeutsche bejahen also die Totalität unseres Staates und die Totalität unserer Religion. Unser tiefstes Problem und Anliegen ist, beide Totalitäten richtig zu einen und ineinanderzufügen, so wie sich in Christus Fülle der Menschheit und Fülle der Gottheit ganz geeint hat und nicht nebeneinander herlief. Religion und Staat stehen nicht nebeneinander, sondern ineinander.* Katholische Kirche und Nationalsozialismus, hrsg. von HANS MÜLLER (dtv dokumente 328), München 1965, 182–186.

39 Zitiert nach ERWIN KELLER, Conrad Gröber 1872–1948. Erzbischof in schwerer Zeit, Freiburg 1981, 147.

40 KARL ADAM, Deutsches Volkstum und katholisches Christentum, in: Theologische Quartalschrift 114, 1933, 40–63; 41.

41 Ebd.

Rede von Eugen Bolz großen Eindruck gemacht; die Zeitung stellte lakonisch fest: *Man erkannte, hier spricht ein Mann der Tat*⁴². Sein politisches Vermächtnis, d. h. für Bolz Einsatz für die Freiheit, muß in unserem Land lebendig bleiben.

Wir haben gesehen, wie Eugen Bolz zur Verständigung und zum Kompromiß bereit war, solange demokratische Grundregeln gültig waren. Als er erkannte, daß totalitäre Ansprüche die Freiheit seines Volkes und das Gewissen der Einzelnen zu vernichten drohten, gab es für ihn keinen Kompromiß mehr. Wofür er als Politiker mit dem leidenschaftlichen Einsatz seiner Kräfte lebte, nämlich für die Gesellschaft, für Ordnung, Recht und Freiheit, das konnte er aufgrund seiner gläubigen Haltung nur noch mit der Hingabe seines Lebens retten.

Die Freiheit ist heute mehr denn je bedroht – nicht nur in Polen. Wenn wir mit politischer und gläubiger Leidenschaft die Freiheit, die uns gegeben ist, verwirklichen, wenn wir uns in den uns gegebenen Räumen der Freiheit verwirklichen, dann ist unser heutiges dankbares Gedenken an den Staatsmann und Martyrer gerechtfertigt, denn: *Mit dem Blut der Martyrer ist der heilige Boden persönlicher Freiheit erkaufte. Die Gewissensfreiheit gehört fortan zu den höchsten Werten des Menschentums*⁴³.

42 Wie Anm. 1.

43 PHILIPP FUNK, Der Einzelne, die Kirche und der Staat im Mittelalter, in: Hochland 31, 1933/34, 97–109; 98.